

Verena Fabris, Martin Schenk

Es brennt! Armut bekämpfen, Klima retten

Ergebnisse der 13. Österreichischen Armutskonferenz

Klimawandel und Ungleichheit sind brennende Fragen. Dass die Klimaveränderung jene am härtesten trifft, die am wenigsten dazu beitragen, ist eine bekannte Tatsache: Die reichsten zehn Prozent der österreichischen Bevölkerung verursachen mehr als viermal so viel Treibhausgase wie die ärmsten zehn Prozent. Die Länder des globalen Nordens sind für einen Großteil der Klimaemissionen verantwortlich, weltweit verursachen die reichsten zehn Prozent der Menschheit mehr als die Hälfte aller Treibhausgasemissionen.

Die Länder des globalen Nordens lagern die ökologischen und sozialen Kosten in Länder des globalen Südens aus, indem sie etwa ihre Waren in Ländern des globalen Südens produzieren lassen. Wer reich ist, kann sich vor den Folgen des Klimawandels schützen, wer arm ist, muss leiden. „Der ständige Zufluss billiger Waren, für deren Produktion anderswo Arbeit überausgebeutet und Natur verbraucht wird, macht es möglich, das Konsumniveau und damit eine relative politische Stabilität hierzulande aufrechtzuerhalten – trotz der Zunahme von prekärer und niedrig entlohnter Beschäftigung und sozialer Ungleichheit.“ (Fischer 2023 in diesem Band)

In vielen armen Ländern der Welt sind die lebensbedrohlichen Folgen des Klimawandels bereits jetzt Realität: Aufgrund von Wetterextremen wie Überschwemmungen, Dürre, Hitzewellen und Stürmen müssen Menschen fliehen, verlieren ihre Existenzgrundlage oder im schlimmsten Fall ihr Leben. Die Klimakrise verschärft also Armut. Auf der anderen Seite befeuern wiederum Ungleichheiten die Klimakrise – vermögende Menschen tragen mehr zum Klimawandel bei. Das ist knapp gefasst der „Flächenbrand“, mit dem wir es zu tun haben, das sind die großen sozial-ökologischen Problemfelder, die im ersten Teil des Bandes beschrieben sind.

Klima und Soziales zusammendenken

Die Klimakrise muss mit der Bekämpfung von Armut zusammengedacht werden und umgekehrt die Bekämpfung von Armut mit der Klimakrise. „Denn der Klimakrise liegt eine strukturelle Klima(un)gerechtigkeit zugrunde, d.h. es gibt eine Diskrepanz zwischen der Verantwortung für und der Betroffenheit von den Folgen der Klimakrise.“ (Blum 2023 in diesem Band)

Die soziale Dimension zeigt sich auch darin, dass Frauen, Kinder und marginalisierte Gruppen die Folgen des Klimawandels weltweit am stärksten zu spüren bekommen. Die ökonomische Benachteiligung von Frauen ist ein wichtiger Grund für deren erhöhte Vulnerabilität gegenüber den Folgen der Klimaveränderung. „Eine zentrale Rolle spielt dabei die unbezahlte Care-Arbeit, die weltweit immer noch zu einem Großteil von Frauen* verrichtet wird. Fürsorge und Sorge als gesellschaftlich notwendige, wertvolle Arbeit wird jedoch nicht entsprechend anerkannt oder entlohnt, wodurch Frauenarmut strukturell verursacht wird.“ (Chahrour 2023 in diesem Band)

Die Klimakrise ist auch eine Krise der Demokratie: Jene, die am wenigsten Möglichkeiten zu politischer Mitsprache haben, leiden am meisten, sind aber von politischen Verhandlungen ausgeschlossen. Die Vermögenden bedürfen zur Aufrechterhaltung und Mehrung ihres Reichtums und des damit verbundenen Einflusses „beständiger Zufuhr von cheap nature (billiger Natur) and cheap labour (billiger Arbeit)“ (Lessenich 2023 in diesem Band). Daher ist es wichtig, klima- und sozialpolitische Maßnahmen demokratisch zu gestalten, jene in den Entscheidungsprozess miteinzubeziehen, die von den „Glutnestern“ der sozial-ökologischen Transformation betroffen sind, und ihre Gestaltungsmacht entscheidend zu stärken.

Struktureller Wandel

Apelle, die am individuellen Verhalten der Menschen ansetzen und zum Beispiel einen Verzicht auf Fleisch propagieren oder zum Stromsparen aufrufen, greifen zu kurz und blenden strukturelle und politische Dimensionen aus. Armutsbetroffene Menschen haben oft nicht die Ressourcen, nachhaltige Konsumententscheidungen zu treffen. Christine Sallinger (2023 in diesem Band) beschreibt in ihrem Kommentar eindrücklich, welche Einschränkungen

Armutsbetroffene in Kauf nehmen müssen. Ihr ökologischer Fußabdruck ist um ein Vielfaches kleiner als jener einkommensstarker Personen. „Energiesparen“ für die CO₂-Reduktion ist also besonders lohnend bei den hohen Einkommensgruppen – bei den Ärmsten mit „Energiesparen“ zu beginnen, ist hingegen weder sachgerecht noch effektiv. Im Gegenteil, aus der Armut herauszukommen heißt, einer ausgrenzenden und schädlichen Mangelsituation zu entfliehen: statt überbelegte und schimmelige Wohnungen wieder ausreichend Platz für die Kinder, statt zu wenig und mangelhaftes Essen wieder ausgiebige und herzhaftere Speisen, statt existentiellem Dauerstress wieder einmal Urlaub machen, statt kalten Zimmern wieder warme Räume, statt nichts konsumieren können endlich wieder mehr konsumieren. Armut bekämpfen bedeutet, dass die betroffenen Personen ihren CO₂-Abdruck zwangsläufig erhöhen. Klimaschutz muss einkommensschwächere Haushalte entlasten, anstatt den Betroffenen weitere Bürden aufzuerlegen. Wolfgang Wodt Schmidt (*Schmidt 2023 in diesem Band*) plädiert daher in seinem Beitrag für eine Umverteilung von oben nach unten zur Realisierung einer ökosozialen Wende.

Es muss um eine Veränderung jener Strukturen gehen, die sowohl dem Klima schaden als auch soziale Ungerechtigkeit hervorrufen. Wenn wir den Energieverbrauch weltweit reduzieren wollen, müssen wir darüber sprechen, wie wir Wohnen, Mobilität, Landwirtschaft, Ernährung, Gesundheit und Bildung in Zukunft organisieren wollen. „Die ökologische Krise ist nicht ‚da draußen‘, sondern sie ist im Kern eine Krise der kapitalistischen, auf Expansion angelegten Produktions- und Lebensweise. Das ist eine Blickverschiebung. Dann geht es nicht nur darum, die CO₂-Emissionen zu reduzieren und von fossilen auf erneuerbare Energien umzustellen.“ (*Brand 2023 in diesem Band*)

Gelingt diese Blickverschiebung, ist klar, dass es um eine radikale Transformation geht: um eine Verwandlung der jetzigen Produktionsverhältnisse. Das gilt für den wirtschaftsliberalen Westen genauso wie für das autoritär gesteuerte Wirtschaften in China. Oder wie es Hedy Spanner von der Plattform „Sichtbar Werden“ (*Spanner 2023 in diesem Band*) formuliert: „Ohne eine Reform des gesamten Systems wird es nicht funktionieren.“

Sozial- und klimapolitische Feuerlöscher

Brandschutzmaßnahmen gegen die schon in Flammen stehenden großen sozial-ökologischen Problemfelder und gegen die bereits gefährlich glosenden Glutnester reichen vom grundsätzlichen gesellschaftlichen Umbau über den Ausstieg aus dem auf blindes Wachstum ausgerichteten Paradigma bis hin zu einem solidarischen Umgang mit Gemeingütern wie Gesundheit, Wohnen, Ernährung, Bildung und Mobilität. Es braucht einen diversitätsbewussten Blick und Partizipationsmöglichkeiten für alle. Care-Arbeit muss als Basis der formellen Ökonomie anerkannt und gerecht verteilt werden. Um ein gutes Leben für alle zu ermöglichen, bräuchte es nicht zuletzt eine globale Umverteilung von Ressourcen und Vermögen von oben nach unten.

„Eine solidarische Produktions- und Lebensweise braucht nicht nur die Ermöglichung des guten Lebens für alle im Sinne von Mindeststandards. Sie benötigt auch Obergrenzen.“ *(Brand 2023 in diesem Band)*

Soziale Kälte abwenden, globale Hitze verhindern, darum geht es. Ob der Brandschutz gelingt, ist im Kern eine Verteilungs- und Gerechtigkeitsfrage.

Solidarökonomie und Care-Perspektive

Eine Alternative zur kapitalistischen Verwertungslogik sind solidarwirtschaftliche Lösungen, die unabhängig von der individuellen Kaufkraft Bedürfnisse befriedigen können und einen Zugang zu nachhaltig nutzbaren Ressourcen ermöglichen. Neben dem Privateigentum wird in der Solidarökonomie gemeinschaftliches Nutzungseigentum (Commons) oder öffentliches Eigentum berücksichtigt. Solidarökonomie kann zur Armutsbekämpfung beitragen, indem sie Handlungsspielräume und Teilhabemöglichkeiten von Menschen in Armutslagen fördert. „Solidarökonomie kann gemeinschaftliche Alltagsbewältigung und Reziprozität durch kooperative Infrastruktur wie zum Beispiel Stadtteilwerkstätten, Gemeinschaftsgärten etc. stärken. Schließlich kann sie Gemeingüter in nicht spekulativer Weise bewirtschaften und deren Zugang unabhängig von der Kaufkraft sichern. Durch Gemeinschaftsnutzung und Kooperation trägt sie zur Verbesserung der materiellen und sozialen Lebenslage bei.“ *(Elsen 2023 in diesem Band)*

Vor allem feministische Akteurinnen bringen weitere Perspektiven für die Systemreform ein: Es braucht einen erweiterten Arbeitsbegriff, der ne-

ben Erwerbsarbeit auch Care-Arbeit umfasst, was eine grundlegende Transformation der geschlechterdifferenzierenden Erwerbsarbeit mit sich bringt. Care-Arbeit bezeichnet die Sorge für andere und uns selbst, die unbezahlte Arbeit in der Familie sowie (schlecht) bezahlte Erziehungs-, Bildungs-, Gesundheits- und Pflegetätigkeiten in staatlichen Institutionen, Wohlfahrtsverbänden und dem Profit-Bereich. Vertreter*innen der Care-Perspektive „verlangen einen grundlegenden Paradigmenwechsel des Wirtschaftens im Sinne eines ganzheitlichen Verständnisses von Wirtschaften, Arbeiten und Leben sowie deren normative Orientierung an Prinzipien der (Vor-)Sorge“ (Littig 2023 in diesem Band). Ganz grundsätzlich zeigt die feministische Perspektive die systemischen Gemeinsamkeiten zwischen der Überlastung von Sorgearbeitenden und der Überlastung ökologischer Kreisläufe auf. „Entsprechend lassen sich mit der Transformationsstrategie der Care Revolution nicht nur die Rahmenbedingungen für Sorgearbeitende verbessern – eine radikale Care-Bewegung kann auch einen Beitrag zur Stärkung der Klimagerechtigkeitsbewegung leisten.“ (Winker 2023 in diesem Band)

Vorschläge der Armutskonferenz

In der Abschlussphase der 13. Armutskonferenz wurden in Pro-Action-Cafés konkrete Vorschläge für eine sozial gerechtere Klimapolitik gemacht. In Kleingruppen wurden u. a. folgende Themen diskutiert: die Gründung von Sozialgenossenschaften, eine stärkere Vernetzung von Sozial- und Öko-Szene oder die Gestaltung eines klimafitten öffentlichen Raumes. Folgende Ideen wurden u.a. gesammelt: die Ausstattung von Plätzen mit Trinkwasser und Schatten; öffentlich zugängliche klimatisierte Räume ohne Konsumzwang; die Sensibilisierung von Sozialarbeiter*innen und Personen, die im öffentlichen Raum arbeiten, für die Auswirkungen von Hitze; ein Hitzetelefon analog zum Kälte-telefon, um Personen, die unter der Hitze leiden, gezielt, niederschwellig und professionell zu unterstützen. (vgl. Haunold 2023 in diesem Band)

Eine zentrale Forderung der Armutskonferenz ist außerdem die Einführung einer **Energiegrundsicherung**. Damit wird eine bestimmte Versorgung mit Energie als Grundanspruch jedem Menschen zugesichert. Die von der Regierung eingeführte sogenannte „Stromkostenbremse“ muss in diese Richtung weiterentwickelt werden. Zwar sichert sie Haushalten verbilligte

Energiekontingente zu, allerdings berücksichtigt sie derzeit weder Haushaltsgröße noch Haushaltseinkommen, um daraus sowohl eine soziale wie auch eine ökologische Maßnahme zu machen. Eine Energiegrundsicherung schließt im Gegensatz zur Stromkostenbremse neben dem Grundbedarf an Strom auch Warmwasser und Heizung mit ein.

Die Ideen dazu sind in der Armutsforschung in den letzten zwanzig Jahren immer wieder diskutiert worden, erste Modelle wurden auf europäischer Ebene vorgeschlagen, auch Armutsnetzwerke in England und Belgien thematisierten einen kostenfreien Energieanspruch (*Braun / Steinhardt / Frey / Schenk 2023 in diesem Band*). Die aktuelle Klima- und Energiekrise, vor allem aber die derzeit massiv steigenden Energiepreise, haben die Frage der Daseinsvorsorge mit neuer Wucht auf die politische Tagesordnung gesetzt. Eine Energiegrundsicherung stellt den Grundbedarf an Energie für alle Menschen sicher. Jetzt gilt es, vorliegende Modelle zu prüfen, gegebenenfalls weiterzuentwickeln und rasch umzusetzen.

Die zweite Forderung der Armutskonferenz ist die nach einem **sozialen Ökobonus**. Durch einen einkommensabhängigen Ökobonus wird die Belastung einkommensschwächerer Haushalte ausgeglichen. Im Rahmen der Einführung einer CO₂-Bepreisung im Rahmen der Steuerreform 2022/2024 ist ein solches Instrument als „Klimabonus“ bereits angelegt. Die treibenden Faktoren der zusätzlichen Einkommensbelastung sind regional unterschiedlich verteilt: in den Großstädten, allen voran Wien, spielt besonders der Faktor Heizen (mit Gas) eine Rolle, während in ländlichen Gebieten und Gemeinden besonders die Mobilität (mit dem Auto) der Grund für zusätzliche Kosten durch die CO₂-Steuer sind. Die regionale Staffelung des Klimabonus bedeutet besonders für armutsgefährdete Haushalte in Wien, wo zudem ein größerer Anteil dieser Haushalte lebt, eine ungleiche Entlastung der Thematik des Heizens gegenüber der Mobilität. Der dort enthaltene regionale Aspekt würde im sozialen Ökobonus durch eine weitere Komponente ergänzt, nämlich den der sozialen Staffelung. Seine Höhe kann - je nach Erfordernissen wie beispielsweise die Teuerung - angepasst werden. Prinzipiell sind universelle Leistungen - also Transfers, die an alle gehen - in der Armutsbekämpfung

vorzuziehen, weil sie keiner beschämenden Bedarfsprüfung bedürfen, weil sie in der (unteren) Mitte der Gesellschaft sozialen Absturz verhindern, weil sie die Zustimmung zum Sozialstaat fördern, weil sie unbürokratisch die Menschen erreichen. Hier beim Klimabonus aber macht eine Einkommens-
testung Sinn, weil das reichste Drittel der Bevölkerung am meisten CO₂ in die Atmosphäre bläst - der Klimabonus neben seiner Aufgabe des sozialen Ausgleichs hier auch eine ökologische Funktion zu erfüllen hat.

Klimasoziale Politik heißt, mit öffentlicher Infrastruktur und mit den Instrumenten des Sozialstaats Ungleichheit auszugleichen. Bisher wurde mit Pflastern herumgedoktert, wo eine große Operation notwendig wäre. Der Aufbau der ersten Sozialversicherungssysteme Ende der 1880er Jahre war der Beginn einer aktiven Sozialstaatspolitik. Die ersten Risiken, gegen die man abzusichern versuchte, waren Krankheit und Alter, später dann auch Arbeitslosigkeit. In den 1980er und 90er Jahren traten neue soziale Risiken hervor: Pflege, Behinderungen und Kinderversorgung wurden mit der Einführung des Pflegegelds und dem Ausbau der Kinderbetreuung in neue Gesellschaftsverträge gegossen. Jetzt sind wir wieder mit neuen Risiken konfrontiert: Prekarisierung der Arbeit, Digitalisierung, Überlastung der Care-Institutionen und Care-Tätigen und eben die Klimakrise. Der Klimawandel ist ein Risiko und eine Bedrohung ähnlich wie Krankheit oder Pflege, die wir auch sozialpolitisch in Angriff nehmen müssen. Da braucht es keine Gutscheinsysteme oder Almosenförderungen – bei einem gebrochenen Bein will ich keinen Gipsgutschein, sondern eine solidarische Krankenversicherung, jedenfalls eine universelle Leistung, die mich – egal ob arm oder reich – gut versorgt. Die Energiegrundsicherung und der soziale Ökobonus wären solch sozialstaatliche Antworten auf die Risiken der Klimakrise, genauso wie das Pflegegeld eine Antwort auf die Risiken der Pflegebedürftigkeit ist oder die Krankenversicherung eine Antwort auf die Bedrohung durch Krankheit oder Unfall darstellt. Nur: Wer brennt's? Die Finanzierung des Klimabonus beispielsweise ist zurzeit ausschließlich über die CO₂-Besteuerung ange-
dacht, eine Einnahmequelle, die ärmere Haushalte anteilmäßig viel stärker belastet als reiche Haushalte.

Da braucht es zum Ausgleich eine **Finanzierung über andere, progressive Einkunftsarten, insbesondere Vermögen**. Warum also nicht den Ökobonus als soziale Leistung verstehen, mit der der Sozialstaat ein für uns alle neues und bedrohliches Lebensrisiko absichert – und zwar grundrechtsorientiert, solidarisch und nachhaltig.

Bei alledem muss uns klar sein: Wenn die sozial-ökologische Transformation nicht gelingt, werden jene am meisten leiden, die am wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben.

***Verena Fabris** arbeitet bei bOJA, dem bundesweiten Netzwerk Offene Jugendarbeit, engagiert sich in feministischen und sozialpolitischen Zusammenhängen, u.a. in der Armutskonferenz.*

***Martin Schenk** ist Sozialexperte der Diakonie Österreich und Mitglied im Koordinationsteam der Armutskonferenz.*

DER ARTIKEL ENTSTAMMT DEM BUCH



**Herausgegeben von
Die Armutskonferenz, Margit Appel, Alexander Brenner-Skazedonig,
Verena Fabris, Gunter Graf, Alban Knecht, Sandra Matzinger,
Robert Rybaczek, Martin Schenk**

BoD-Verlag

Online: www.armutskonferenz.at/buch-es-brennt

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	11
-------------------------	-----------

FLÄCHENBRAND: Die großen sozial-ökologischen Problemfelder

Ulrich Brand

Ökologie ist keine Luxusfrage

Klimakrise und soziale Ungleichheit gehen uns alle an.....	17
--	-----------

Stephan Lessenich

Klima – Klasse – Konsum

Ungleichheitsdynamiken in der ökologischen Krise.....	31
---	-----------

Karin Fischer

Klima-Kolonialismus

Die Klimakrise als globale Verteilungs- und Gerechtigkeitskrise.....	43
--	-----------

Judith Kohlenberger

Migration bekämpfen, Klima retten?

Chancen einer sozial-ökologischen Transformation der Asyl- und Integrationspolitik	51
--	-----------

GLUTNESTER: Dimensionen der sozial-ökologischen Transformation

Beate Littig

Die sozial-ökologischen Zukünfte der Arbeitsgesellschaft

Eine geschlechterpolitische Bestandsaufnahme.....	61
---	-----------

Ilja Steffelbauer

Mangel- und Fehlernährung als historische und aktuelle Herausforderung

Ernährungssouveränität als Lösung.....	73
--	-----------

Elisa Klein Díaz und Michaela Moser

Ernährungssouveränität weiterentwickeln

Bestehende Initiativen und notwendige Schritte.....	83
---	-----------

Christine Sallinger

Armutsbetroffene sind Klimaschutzweltmeister*innen

Ein Kommentar.....	89
--------------------	-----------

Hanna Braun, Iris Frey, Martin Schenk, Felix Steinhardt

Energiegrundsicherung

Warum wir ein Recht auf saubere Energie haben und der Markt es nicht richten wird.....**95**

Johannes Seidl

Menschenrecht Wohnen

Ein Kommentar.....**105**

Alexander Brenner-Skazedonig, Lina Mosshammer

Die klimasoziale Mobilitätswende

Raus aus dem teuren Autozeitalter.....**109**

Hedy Spanner im Gespräch mit Alban Knecht

Transformative Bildung und soziale Ungleichheit

Ein Interview.....**117**

BRANDSCHUTZ: Sozial- und klimapolitische Feuerlöscher

Susanne Elsen

Soziale und solidarische Ökonomie

Armut verhindern und ökosoziale Transformation verwirklichen**123**

Gabriele Winker

Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima

Eine konkrete Utopie für eine solidarische Gesellschaft.....**135**

Marie Chahrour

Nachhaltige Arbeit

Ein Weg zu einem guten Leben für alle**147**

Clara Moder und Jana Schultheiß

Klimasoziale Politik

Entwicklungsmöglichkeiten des Sozialstaats in der Klimakrise**153**

Rafael Wildauer

Armutsbekämpfung durch Vermögenssteuern finanzieren

Das Beispiel Österreich.....**163**

Wolfgang woldt Schmidt

Wer brennt's? – Wer zahlt's?

Die öko-soziale Steuerreform konsequent denken

Ein Kommentar.....**173**

Michaela Haunold

Den öffentlichen Raum klimafit für alle gestalten

Eine Ideensammlung.....179

Anja Eberharter

Kein sozial ohne ökologisch!

Klimaschutz im Sozialen Sektor braucht adäquate Rahmenbedingungen.....183

Yannick Liedholz

Klimagerechte Soziale Arbeit

Drei Schritte auf dem Weg dorthin.....189

Robert Blum

Who cares?

Die Sozialarbeitspraxis in der Klimakrise.....197

Verena Fabris, Martin Schenk

Es brennt! Armut bekämpfen, Klima retten

Ergebnisse der 13. Österreichischen Armutskonferenz.....207

DIE ARMUTSKONFERENZ.

Es ist genug für alle da!

Armut bekämpfen. Armut vermeiden.

Die Armutskonferenz ist seit 1995 als Netzwerk von über 40 sozialen Organisationen sowie Bildungs- und Forschungseinrichtungen aktiv. Sie thematisiert Hintergründe und Ursachen, Daten und Fakten, Strategien und Maßnahmen gegen Armut und soziale Ausgrenzung in Österreich. Gemeinsam mit Armutsbetroffenen engagiert sie sich für eine Verbesserung von deren Lebenssituation.

Die in der Armutskonferenz zusammengeschlossenen sozialen Organisationen beraten, unterstützen und begleiten über 500.000 Menschen im Jahr.

www.armutskonferenz.at

Die 13. Österreichische Armutskonferenz und diese Publikation wurden gefördert von

 Bundesministerium
Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz

 Bundesministerium
Klimaschutz, Umwelt,
Energie, Mobilität,
Innovation und Technologie

 Bundesministerium
Arbeit

 Bundeskanzleramt



klimaaktiv



Lebens skizzen

„Lebensskizzen“ macht den Alltag derer sichtbar, die nicht im Licht stehen. Verstärkt die Stimmen, die gewöhnlich überhört werden. Erzählt Geschichten, von denen keiner erzählt.

EVA

Ich bin die Bewohnerin in der Siedlung, die sicherlich die meisten Gartenbegehungen und Hausbegehungen über sich ergehen lassen musste. Gartenbegehung, gut, soll sein, obwohl das ein Eckhaus ist und sie jederzeit alles auch von draußen sehen können. Aber gut, ist auch lustig anzuschauen, wenn eine Prokuristin mit Seidenkleidchen, Nerzmäntelchen und Stöckelschüchen im November in meinem Wildgarten herumstakt...



*Lies Evas ganze
Geschichte hier*



Kultur für alle!

Kultur Pass

Name _____

Geburstag _____

*tig bis _____



Hunger auf Kunst & Kultur

Der Kulturpass macht es möglich

Mehr als 1100 Kultureinrichtungen in Österreich sind solidarisch mit Menschen, die sich Kunst und Kultur nicht leisten können.

In Wien, der Steiermark, Salzburg, Oberösterreich, Vorarlberg, Tirol, Niederösterreich und dem Burgenland.

Weitere Informationen unter hungeraufkunstundkultur.at

Initiiert 2003 von Schauspielhaus Wien und der Armutskonferenz



Die neue App!

Jetzt herunterladen, bei Google Play oder im AppStore



VINZENZ
GEMEINSCHAFTEN
in Österreich

Schnelle Hilfe für Menschen in Not. Unterstützen Sie uns dabei!

Empfänger: Haupttrat der Vinzenzgemeinschaften in Österreich
Tiroler Sparkasse
IBAN: AT63 2050 3009 0000 0803
BIC: SPIHAT22XXXX